P R E S S E I N F O R M A T I O N

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

Hildesheimer Strasse 7
30169 Hannover
Tel.: 0511 168 45659
Fax: 0511 168 45223
fdp@hannover-stadt.de

Verwaltung gibt Ratspolitikern vor Beschluss zur Umweltzone falsche Informationen
FDP-Ratsfraktion fordert Stellungnahme des Oberbürgermeisters

Am 12. Juli 2007 hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover die von der Verwaltung vorgelegte Drucksache Nummer 0925/2007 „Luftreinhalte-Aktionsplan für die Landeshauptstadt Hannover“ beschlossen. Mit diesem Beschluss wurde die Einrichtung der Umweltzone in Hannover zum 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt. Als Begründung für die Einrichtung der Umweltzone führte die Stadtverwaltung aus, dass im Jahre 2006 der zulässige Tagesmittel-Grenzwert für Feinstaub (PM10) an 53 Tagen überschritten wurde. Dieser Grenzwert darf nicht öfter als an 35 Tagen im Jahr überschritten werden.

Die Luftqualität und damit die Feinstaubwerte in Hannover werden durch das Lufthygienische Überwachungssystem Niedersachsen (LÜN) ermittelt. Die Ergebnisse der Feinstaubmessungen werden jeweils im Jahresbericht des für das LÜN zuständigen Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts Hildesheim bekannt gegeben.

Wie die FDP-Ratsfraktion jetzt erfahren hat, wurde der Jahresbericht 2006 des Gewerbeaufsichtsamts Hildesheim, in dem die endgültigen kalibrierten Feinstaubwerte der Stadt Hannover für das Jahr 2006 ausgewiesen sind, bereits am 29. Juni 2007 veröffentlicht. Ausweislich dieses Berichtes hat es im Jahre 2006 nur 27 Tage gegeben, an denen der zulässige Tagesmittel-Grenzwert für PM10 überschritten wurde. Der Wert lang damit deutlich unter der erlaubten Höchstgrenze.

„Es ist ein unerhörter Vorgang, dass die Verwaltung den Rat eine für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger derart wichtige Entscheidung unter Vorspielung falscher Tatsachen hat treffen lassen“, führt der umweltpolitische Sprecher der FDP-Ratsfraktion Jens Meyburg empört aus.

„Es ist unglaublich, dass die Verwaltung es bis heute noch nicht für nötig gehalten hat, die Ratspolitiker über die damaligen falschen Zahlen zu informieren. Wenn dem Rat der Stadt im Juli 2007 bekannt gewesen wäre, dass die Höchstgrenze für die Feinstaubüberschreitungen gar nicht erreicht wurde, hätte er auch nicht so schnell über die Einrichtung der Umweltzone entscheiden müssen“, sagt Meyburg.

Die FDP-Ratsfraktion fordert den Oberbürgermeister auf, umgehend eine Stellungnahme zu diesen Vorgängen abzugeben.

Hannover, 25. August 2008